Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehremamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen

Drucksache **21/1732** · eingebracht 2026-04-08 — Antragsteller: SPD GRÜNE LINKE

Justiz | Demokratie | Rechtsstaat

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag regelt die Wahl von parlamentarischen Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl ehrenamtlicher Richter:innen am Finanzgericht Bremen.

KERNFORDERUNGEN

- Benennung von Vertrauensleuten der drei Regierungsfraktionen
- Stellvertretungsregelung für alle genannten Personen
- Dringlichkeitsantrag mit sofortiger Abstimmung

BEWERTUNG

6.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag betrifft die demokratische Mitbestimmung bei der Besetzung eines unabhängigen Gerichtsausschusses (Transparenz & Mitbestimmung, Wert 5) und stärkt die Rechtsstaatlichkeit durch ehrenamtliche Bürgerbeteiligung an der Justiz (Menschenwürde, Wert 1). Er berührt jedoch keine ökologischen, sozialen oder solidarischen Dimensionen direkt — weder in Beschaffung (A), Haushalt (B), Verwaltung (C) noch in Wirkung auf Bürger:innen (D) oder überregionale Verantwortung (E). Die fehlende Verknüpfung mit Gemeinwohl-Kriterien wie sozialer Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit begrenzt die GWÖ-Tiefe.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Demokratische Legitimation der Justiz
- Parlamentarische Kontrolle
- Rechtsstaatliche Transparenz

Schwächen

- Keine Verbindung zu sozialen oder ökologischen Gemeinwohlzielen
- Keine Bürger*innenbeteiligung jenseits parlamentarischer Vertretung
- Keine Berücksichtigung von Diversität oder Inklusion im Text

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	+	·	·	·	+
D · BÜRGER:INNEN	·	·	·	·	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

C5 **Transparenz & Mitbestimmung in der politischen Führung** Bewertung: +3

Wahl von Vertrauensleuten durch Parlament für gerichtlichen Ausschuss

C1 **Menschenwürde in der politischen Führung** Bewertung: +2

Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz durch breite parlamentarische Vertretung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag entspricht vollständig dem SPD-Bremen-Wahlprogramm 2023, das Demokratie stärken und Rechtsstaatlichkeit durch transparente, partizipative Institutionen verankern will. Die Wahl von Vertrauensleuten für einen gerichtlichen Ausschuss ist ein konkreter Akt institutioneller Demokratieförderung.

> „Demokratie stärken 13.1 Beiräte und Ortsämter Beiräte und Ortsämter in der Stadtteilentwicklung"
> SPD Bremen Wahlprogramm 2023, S. 162

PARTEIPROGRAMM 8/10

Das Hamburger Programm betont Demokratie als lebendigen Prozess und Rechtsstaatlichkeit als Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Die Einbindung gewählter Vertreter:innen in Justizorgane passt zum Prinzip des 'vorsorgenden Sozialstaats' und zur Stärkung demokratischer Kontrolle.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag spiegelt die grüne Forderung nach einer weiterentwickelten, transparenten und partizipativen Parlamentsarbeit wider — insbesondere die Stärkung von Kontrollfunktionen und demokratischer Legitimation auch in Justizangelegenheiten.

> „Die Bremische Bürgerschaft ist der zentrale Ort gelebter Demokratie in Bremen."
> Grüne Bremen Wahlprogramm 2023, S. 180

PARTEIPROGRAMM 8/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert Demokratie als lebendige, partizipative Praxis und betont die Notwendigkeit institutioneller Transparenz. Die Wahl von Vertrauensleuten für einen gerichtlichen Ausschuss entspricht diesem Verständnis von 'lebendiger Demokratie'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag korrespondiert mit der LINKE-Bremen-Forderung nach stärkerer Bürger*innenbeteiligung und Demokratisierung staatlicher Institutionen — insbesondere im Bereich Justiz und Verwaltung.

> „Bürger*innenbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik Die Stadtteile Bremens sind lebendige Orte, in denen die Menschen gemeinsam wohnen, arbeiten und sich treffen."
> DIE LINKE Bremen Wahlprogramm 2023, S. 70

PARTEIPROGRAMM 7/10

Das Erfurter Programm betont Gewaltenteilung und Demokratisierung der Justiz. Die Einbindung parlamentarischer Vertrauensleute in den Richterwahlausschuss ist ein Schritt in diese Richtung — allerdings bleibt die Frage der direkten Bürger*innenbeteiligung (z. B. durch Bürger*innenräte) offen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BiW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 2

Original: Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen:

> Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute unter Berücksichtigung von Geschlechterparität, Diversität und gesellschaftlicher Vielfalt für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen:

Begründung: Stärkt die Werte Solidarität (Wert 2) und soziale Gerechtigkeit (Wert 4) durch explizite Inklusionsverpflichtung — bezieht sich auf Felder D2 und D4.

Vorschlag 2 von 2

Original: Von der Fraktion der SPD: Anneke Schmitt-Wenkebach ...

> Von der Fraktion der SPD: Anneke Schmitt-Wenkebach (mit Erfahrung in Steuerrecht und sozialer Gerechtigkeit) ...

Begründung: Verknüpft die personelle Wahl mit gemeinwohlorientierten Kompetenzen — stärkt die Relevanz für soziale Gerechtigkeit (Wert 4) und ökologische Nachhaltigkeit (Wert 3) im Finanzgerichtsalltag (Feld C4).

Original-Antrag

Drucksache 21/1732

Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehremamtlichen ·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 21/1732**
Landtag 08.04.2026
21. Wahlperiode

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke

Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Finanzgericht Bremen:

Von der Fraktion der SPD:

Anneke Schmitt-Wenkebach	Stellvertreter:in: Sebastian Schmugler
Andrea Toense	Stellvertreter:in: Edith Wangenheim

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Marianne Müller-Warsewa	Stellvertreter:in: Anthrin Simon

Von der Fraktion Die Linke:

Christoph Höhl	Stellvertreter:in: Henrike Adebar

Dr. Hubertus Hess-Grunewald, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke